

HINTERGRUNDINFORMATION

UNIC/FfD/2
Februar 2002

Armut in Wohlstand umwandeln

In der letzten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat sich die internationale Politik darauf konzentriert, Zölle und andere Handelsbarrieren zu senken. Dies geschah vor allem aufgrund der Prioritäten der Industriestaaten. Seit einigen Jahren, vor allem seit der Konferenz von Doha, richtet sich die Aufmerksamkeit auf die nach wie vor hohen Exportbeschränkungen für viele Entwicklungsländer. Ohne diese Beschränkungen könnten die Entwicklungsländer jedes Jahr schätzungsweise 130 Milliarden Dollar zusätzlich einnehmen.

Die zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erlebte einen globalen Handelsboom. Zwischen 1950 und 2000 stieg das Welthandelsvolumen jährlich um durchschnittlich 6,2 Prozent und ließ damit das Wachstum der Weltproduktion von jährlich 3,8 Prozent hinter sich. Zwei wichtige Faktoren waren dabei die Liberalisierung des Handels und niedrigere Kosten für Transport und Kommunikation.

Die durchschnittlichen Zölle sind in den neunziger Jahren von rund 40 Prozent auf sechs Prozent gesunken. Dies ist ein Ergebnis der acht multilateralen Handelsrunden, die seit dem zweiten Weltkrieg geführt worden waren und in die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) mündeten. Im Durchschnitt erzielten Entwicklungsländer, die die Zölle in den achtziger Jahren drastisch gesenkt hatten, ein stärkeres Wachstum als diejenigen, die das nicht taten. Die Verpflichtung zu verstärkter Liberalisierung ist inzwischen fast universell. Im November 2001 beschloss die 142 Mitglieder der WTO in Doha/Katar, über eine Reihe von Themen zu verhandeln, die besonders wichtig für die Entwicklungsländer sind. Dabei geht es zum Beispiel um die Reduzierung von Subventionen für landwirtschaftliche Produkte und verbesserte Marktzugangschancen für nicht-landwirtschaftliche Produkte, indem Zölle gesenkt oder abgeschafft und Gesetze gegen Preisdumping eingeführt werden.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan drängte bei dem Vorbereitungstreffen für die Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Januar darauf, dass die Konferenz in Monterrey auf der Dynamik von Doha aufbauen müsse. Dort war auch über neue Ansätze für Handelsbeziehungen mit einem Schwerpunkt auf Entwicklung diskutiert worden.

Abhängigkeit vom Handel mit einfachen Gütern überwinden

Die meisten Entwicklungsländer exportieren noch immer hauptsächlich Grundstoffe wie Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohstoffe. Außerdem sind über 50 Entwicklungsländer – inklusive zwei Drittel der 22 Länder der HIPC-Initiative, die ebenfalls in dieser Pressemappe beschrieben wird – zu mehr als der Hälfte vom Export von drei oder weniger Grundstoffen abhängig.

Hohe Abhängigkeit von diesen Grundstoffen macht viele Entwicklungsländer anfällig für kurzfristige Preisschwankungen. Auf lange Sicht stehen sie vor dem Problem, dass die Preise für ihre Exporte sinken und die Preise für Industriegüter, die sie importieren, steigen.

Es ist klar, dass die Entwicklungsländer ihre Exporte diversifizieren und auch Industriegüter und Dienstleistungen exportieren müssen. Viele Entwicklungsländer, vor allem in Asien, haben dies bereits getan. Einer Studie der Weltbank zufolge haben 24 Entwicklungsländer mit drei Milliarden Einwohnern ihr Handelsvolumen in den letzten zwei Jahrzehnten verdoppelt. Der Export von Industriegütern (Textilien, leichte Maschinen und technische Produkte) ist jetzt ein wichtiger Bestandteil ihres Handels. Die Entwicklung belegt auch, dass es durchaus möglich ist, vom Handel mit Grundstoffen zum Handel mit Industriegütern zu wechseln, so wie es auch möglich ist, den Handel mit Grundstoffen stärker zu diversifizieren.

Die Fähigkeit und Möglichkeit zur Exportsteigerung ist für die langfristige Reduzierung der Armut von entscheidender Bedeutung. Gleiches gilt für die Umsetzung von Handelsabkommen und für die effektive Beteiligung an der Gestaltung der internationalen Entwicklung, die für viele Entwicklungsländer zusätzliche technische Hilfe gewährleistet.

Marktzugang

Zölle und andere Importbeschränkungen sind in vielen Entwicklungsländern für landwirtschaftliche und andere arbeitsintensive Güter vergleichsweise hoch, um wettbewerbsfähig exportieren zu können. Bei einigen Waren müssen die Exporteure der Entwicklungsländer nicht nur Effizienz beweisen, sondern auch im Wettbewerb mit den Produzenten in den Industriestaaten bestehen, in denen vor allem Landwirte hohe Zuschüsse erhalten.

Die Subventionen für die Landwirtschaft betragen 1999 in den Industrieländern und den OECD-Staaten mit mittlerem Einkommen insgesamt 361 Milliarden Dollar – mehr als das gesamte Bruttoinlands-Produkt in allen Ländern südlich der Sahara. Außerdem werden die Exporte für nicht-landwirtschaftliche Güter mit besonders hohen Zöllen belegt, die mit dem Verarbeitungsgrad der Waren noch steigen. Dies hält die Entwicklungsländer davon ab, mit solchen höherwertigen Waren auf den Markt zu gehen. Selbst wenn es Entwicklungsländern gelingt, fremde Märkte zu erobern, wird ihnen der Vorwurf des Dumpings gemacht, und sie werden zum Ziel von Gegenmaßnahmen.

Die Ausweitung des Marktzugangs für Entwicklungsländer muss von gemeinsamen Anstrengungen begleitet werden, die sicherstellen, dass alle Länder von der Liberalisierung profitieren können. Eine neue Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Abbau sämtlicher Handelsbeschränkungen für einen jährlichen Zuwachs von 130 Milliarden Dollar in den Entwicklungsländern sorgen könnte. Die vergleichsweise veranschlagten zusätzlichen 50 Milliarden

Dollar an Entwicklungshilfe für die Umsetzung der Ziele der Millenniumserklärung für 2015 machen sich dagegen eher gering aus.

Neben der Tagesordnung, die beim WTO-Ministertreffen in Doha vereinbart worden ist, wurden auch andere nützliche Maßnahmen beschlossen. So hat sich die Europäische Union auf der dritten UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder im Mai 2001 dazu verpflichtet, zwischen 2002 und 2004 alle Zoll- und Mengenbeschränkungen gegenüber den 49 ärmsten Ländern der Welt – mit Ausnahme von Waffen – auslaufen zu lassen. Außerdem haben die Vereinigten Staaten im Mai 2000 das „Gesetz für Wachstum und Chancen in Afrika“ verabschiedet. Darin werden 34 afrikanische Länder der Sub-Sahara zu Nutznießern des Allgemeinen Präferenzsystems.

Obwohl die Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung kein Handelsforum ist, ist die WTO einer der wichtigsten Partner der Konferenz. Bei dem Treffen im März 2002 in Monterrey wird auch über Handelsmaßnahmen diskutiert werden – im Kontext anderer finanzieller Aspekte der Entwicklung und in Bezug zu internationalen Institutionen und Politik-Ansätzen. In Doha wurden dazu keine Verpflichtungen abgegeben. Man verständigte sich aber darauf, mit den Verhandlungen zu beginnen, die einige Jahre dauern können. Monterrey kann bei der Mobilisierung politischer Unterstützung für ein gerechteres und offeneres Welthandelssystem eine wichtige Zwischenstation sein.

